



Brüssel, den 1. Februar 2019
(OR. en)

5399/19

TRANS 25
COWEB 8

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Vordok.: ST 5474/19

Nr. Komm.dok.: ST 14965/18 + ADD 2

Betr.: Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union im regionalen Lenkungsausschuss der Verkehrsgemeinschaft zu vertretenden Standpunkt in Bezug auf bestimmte Personalangelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vertrags zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft
– Annahme

1. Die Europäische Kommission hat am 3. Dezember 2018 einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates über einen im Namen der Europäischen Union zu vertretenden Standpunkt im regionalen Lenkungsausschuss der Verkehrsgemeinschaft zwischen der EU und dem Westlichen Balkan in Bezug auf bestimmte Haushalts- und Personalangelegenheiten vorgelegt. In Bezug auf Personalangelegenheiten zielt der Vorschlag darauf ab, Beschlüsse über Einstellungsverfahren für Führungskräfte, über das Personalstatut und über Profile und Auswahlverfahren für Führungskräfte vorzubereiten.

2. Der Vorschlag wurde von der Gruppe "Landverkehr" am 7. Dezember 2018 und in einer Ad-hoc-Sitzung der Attachés am 12. Dezember 2018 geprüft. Es bestand Einvernehmen darüber, dass die Annahme des Beschlusses in Bezug auf den Haushaltsplan der Verkehrsgemeinschaft für 2019 vorgezogen werden sollte, damit die erforderlichen EU-Mittel vor Ende 2018 sichergestellt sind. Der Rat nahm diesen Teil des EU-Standpunkts am 19. Dezember 2018 an.¹
3. Die Gruppe prüfte am 10. Januar 2019 den Teil des Vorschlags über Personalangelegenheiten. Die Kommission gab Erläuterungen zu bestimmten sozialen Rechten, die dem Personal des Sekretariats nach dem Entwurf eines Personalstatuts gewährt werden, und Informationen zu den geplanten Verfahren für die Einstellung des Direktors/der Direktorin und des stellvertretenden Direktors/der stellvertretenden Direktorin bzw. der stellvertretenden Direktoren/Direktorinnen nach einem Interimsverwaltungszeitraum, der höchstens ein halbes Jahr dauern sollte. Es bestand allgemeines Einvernehmen.
4. Im Anschluss an die Sitzung der Gruppe verteilte der Vorsitz eine technische Aktualisierung des Vorschlags für einen Beschluss über den EU-Standpunkt zu Personalangelegenheiten.²
5. Dem Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher vorgeschlagen, er möge dem Rat empfehlen, dass er auf einer seiner nächsten Tagungen
 - den Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union im regionalen Lenkungsausschuss der Verkehrsgemeinschaft zu vertretenden Standpunkt in Bezug auf bestimmte Personalangelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vertrags zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung des Dokuments 5397/19 annimmt.

Das Europäische Parlament wird von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt.

¹ Siehe ABl. L 1 vom 3.1.2019, S. 1.

² Siehe Dokument ST 5474/19.